



Niederschrift 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.03.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Bildungsforum, Vortragssaal Volmer+Süring, Am Kanal 47, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Monique Tinney DIE aNDERE

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD
Herr Nico Marquardt	SPD
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Anna Lüdcke	CDU

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Beate Goreczko	DIE aNDERE
Herr Frank Reich	SPD
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Klaus-Rainer Dallwig CDU nicht entschuldigt
Herr Yann Eric Hohdorf Freie Demokraten nicht entschuldigt
Herr Roman Kuffert AfD nicht entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Dr. Essmaiel Archoukieh Migrantenbeirat nicht entschuldigt
Herr Peter Mundt DIE LINKE entschuldigt

Schriftführer/in:

Herr Hendrik Hartung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10.02.2022

- 3 Straßenbenennungen / Straßennamenpool

- 3.1 Umbenennung "Emil-Jannings-Straße"

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum
Vorlage: 22/SVV/0142
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 6 Sonstiges

- 6.1 Erinnerungskultur

- 7 Inselbühne

- 8 Walk of Modern Art

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Frau Tinney eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.02.2022**

Frau Tinney stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Das Protokoll vom 10.02.2022 wird einstimmig bestätigt.

Zu TOP 3.1 liegt ein Antrag auf Rederecht von Frau Höpfner, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und Herrn Reuter, Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes, vor.

Zu TOP 4.1 liegt ein Antrag auf Rederecht von Herrn von Essen, Stiftung Sozialpädagogisches Institut, vor.

Die Anträge auf Rederecht wurden einzeln einstimmig beschlossen.

Frau Tinney schlägt vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Zusätzliche Tagesordnungspunkte unter 5:

5.1 Inselbühne

5.2 Walk of Modern Art

Die vorgeschlagenen Änderungen in der Tagesordnung werden zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

zu 3 **Straßenbenennungen / Straßennamenpool**

zu 3.1 **Umbenennung "Emil-Jannings-Straße"**

Herr Reuter, Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes, und Frau Höpfner, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, halten ihr Plädoyer für die Umbenennung in Martha-Ludwig-Straße.

Herr Wittenberg, Mitarbeiter Potsdam Museum, legt die Argumente seiner Stellungnahme dar und betont, dass Martha Ludwig zwar zu ehren sei, jedoch nicht in dieser Straße. In der Umgebung seien schon drei bedeutende Schauspielerinnen geehrt. Er wiederholt sein Plädoyer für Richard Tauber.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, eine Ehrung zu finden, welche Martha Ludwig am ehesten gerecht würde. Hierfür kämen Plätze in der Nähe ihres ehemaligen Wohnortes in Frage. Er wirbt für „Erwin Geschonneck“ als neuen Straßennamen. „Lotte Loebinger“ wäre für seine Fraktion (Die Linke) ebenfalls vorstellbar.

Frau Hüneke befürwortet mit ihrer Fraktion (Bündnis 90/Die Grünen) „Lotte Loebinger“ als neuen Straßennamen.

Frau Dr. Zalfen schlägt vor, eine Kita nach Martha Ludwig zu benennen. Für die Umbenennung der Emil-Jannings-Straße bevorzuge die SPD den Namen „Lotte Loebinger“.

Frau Lüdcke würdigt das Engagement der Initiativen und sieht es als notwendig an, den Namen Martha-Ludwig in Babelsberg für eine Straße oder Einrichtung zu vergeben.

Frau Tinney spricht für die Fraktion die aNDERE, welche weiterhin „Martha Ludwig“ präferiere, da dieser bereits im Straßennamenpool sei. „Lotte Loebinger“ sei jedoch auch gut vorstellbar.

Herr Krämer schlägt vor, für eine Straßenbenennung nach Martha Ludwig das im Bau befindliche Areal des Oberlinhauses auf Höhe der Glasmeisterstraße zu prüfen. Gegenbenenfalls ist auch der Spielplatz am Plantagenplatz für eine Benennung nach Marta-Ludwig geeignet.

Frau Tinney dankt den Potsdamer Initiativen für ihr Engagement zur Umbenennung der Emil-Jannings-Straße. Sie regt an, die Namen im Straßennamenpool in einer der nächsten Sitzungen auf ihre Eignung zu prüfen.

Der Ausschuss für Kultur verständigt sich über die Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung einer Beschlussvorlage.

Die „Emil-Jannings-Straße“ soll in „Lotte-Loebinger-Straße“ umbenannt werden.

Mit einer Enthaltung angenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, den Namen „Martha Ludwig“ in Babelsberg als Straßen-/ Platz- / Einrichtungsnamen zu vergeben. Dem Ausschuss für Kultur soll im Juni 2022 berichtet werden.

Einstimmig angenommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum

Vorlage: 22/SVV/0142

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Frau Tinney verzichtet auf eine ausgiebige Einbringung. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Es sei zu vermeiden, dass das Rechenzentrum zum 01.01.2024 leer stünde.

Herr von Essen, Sozialpädagogisches Institut, begrüßt den Antrag. Es könnten

zeitliche Nöte entstehen. Das Kreativquartier könne als Ausweidlösung scheitern. Die Kulturschaffenden bräuchten Planungssicherheit. Der Beschluss des Antrags würde als wichtiges Signal an die Kunst- und Kreativwirtschaft verstanden werden. Das Nebeneinander von Garnisionkirchenturm und Rechenzentrum müsse geprüft werden.

Herr Kümmel, Leiter der Geschäftsstelle Bauen und Projekte, betont, dass die Verträge befristet seien. Es gäbe bis Ende 2023 eine bauordnungsrechtliche Duldung von Rechenzentrum und Garnisionkirche. Für eine Verlängerung über 2023 hinaus müssten Konzessionsvertrag, Nutzungserlaubnis und bauordnungsrechtliche Duldung neu verhandelt / beantragt werden.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag wie folgt zu ändern:

Satz 1: Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, die **welche** Voraussetzungen dafür **zu geschaffen werden müssen, damit** dass die Mietverträge ...

Satz 3: Die ~~Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Hauptausschuss** ist spätestens im ~~Mai~~ **Juni** 2022 über das Prüfergebnis zu informieren.

Änderung mit **einer Gegenstimme beschlossen**.

Im Anschluss wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Antrag in der geänderten Fassung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, die **welche** Voraussetzungen dafür **zu geschaffen werden müssen, damit** dass die Mietverträge im Rechenzentrum über das Jahr 2023 hinaus verlängert werden können.

Dazu ist zu prüfen, ob und ggf. welche bau- und brandschutzrechtlichen Maßnahmen erforderlich sind, um die Nutzung mindestens bis 2025 fortzusetzen.

Die ~~Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Hauptausschuss** ist spätestens im ~~Mai~~ **Juni** 2022 über das Prüfergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

NEU 5.1 Inselbühne

Frau Dr. Seemann, Fachbereichsleitung Kultur und Museum, legt den derzeitigen Stand zum Ausschreibungsverfahren zur Inselbühne dar. Der Zuschlag in Höhe von 100.000€ solle zum 01.05.2022 erteilt werden.

Frau Dr. Zalfen fragt, warum die Bürgerstiftung nicht erneut automatisch den Zuschlag bekomme und die Ausschreibung so spät erfolgt sei.

Herr Reich fragt, ob die Ausschreibung wieder für ein Jahr erfolge.

Frau Dr. Seemann erklärt, dass die Höhe der Fördersumme eine Ausschreibung erfordere und für ein Jahr ausgeschrieben worden sei. Die Verzögerung sei durch die unsichere Finanzierungslage entstanden. Die Entscheidung solle Mitte April fallen.

Frau Aubele erklärt, dass es mittelfristig das Ziel sei, die Nutzung der Inselbühne über einen längeren Zeitraum auszuschreiben.

NEU 5.2 Walk of Modern Art

Frau Peetz-Mühlstein, Fachbereich Kultur und Museum, erklärt, dass das Prüfergebnis negativ ausfalle, da keine städtischen Flächen zur Verfügung stünden. Ein Flyer sei im Augenblick in Planung. Die Bände „Kunst im öffentlichen Raum“ sollen 2024 aktualisiert werden. Darin sollen die DDR-Kunstwerke besonders gekennzeichnet werden.

Frau Hüneke bittet um nochmalige Nachfrage beim Geschäftsbereich 4 hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Flächen.

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Erinnerungskultur

Herr Krämer betont, dass der Ausschuss für Kultur für die Erinnerungskultur zuständig sei und fragt, ob die Verlagerung der Erinnerungskultur auch eine Änderung der Ausschusszuständigkeitsordnung zur Folge hätte. Er kritisiert die fehlende Kommunikation.

Frau Hüneke betont, dass der Ausschuss für Kultur die Erinnerungskultur behalten solle.

Frau Aubele weist darauf hin, dass die Erinnerungskultur nicht mehr in ihrem Geschäftsbereich 2 liege und daher als Beigeordnete auch keine Steuerungsmöglichkeiten mehr habe.

Frau Lüdcke betont, dass der Ausschuss sich diese Zuständigkeit gegeben habe und diese jetzt durch Handeln der Verwaltung diesem entzogen würde.

Frau Dr. Zalfen sieht die Zuständigkeit des Ausschusses nicht berührt.

Frau Aubele betont, dass Herr Büloff Entscheidungen mit dem Fachbereich 99 absprechen müsse und sie nicht mehr zuständig sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Wichtigkeit der Erinnerungskultur nur im Ausschuss für Kultur sichergestellt sei und im Hauptausschuss verloren gehen würde.

Frau Tinney pflichtet Herrn Dr. Scharfenberg bei und betont, dass zu klären sei, wie Herr Büloff im Ausschuss für Kultur berichten solle, während er in einem Bereich angesiedelt sei, der nicht für den Ausschuss für Kultur zuständig ist. Sie fragt nach den Beweggründen der Verwaltung für den Wechsel von Fachbereich

24 zu Fachbereich 99.

Frau Dr. Schröter betont den Beschluss zur Weiterentwicklung der Gedenkkultur.

Herr Krämer schlägt vor, den Punkt wieder auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Frau Tinney fasst zusammen, dass darüber Einigkeit bestünde, dass die Erinnerungskultur in der Zuständigkeit des Ausschuss für Kultur bleiben solle und bittet um eine konstruktive Zusammenarbeit von Ausschuss und Verwaltung. Die Leiterin des Fachbereichs 99 soll erneut eingeladen werden, um über die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Kulturausschuss und Fachbereich 99 zu sprechen.